

## Medienmitteilung 17/2015

<b>Thema</b>	<b>Vernehmlassung Reorganisation Schuldienste</b>
Rückfragen	Melinda Bangerter, melinda.bangerter@grunliberale.ch, 078 854 91 42
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: <a href="mailto:ag@grunliberale.ch">ag@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.ag.grunliberale.ch">www.ag.grunliberale.ch</a>
Datum	04.06.2015

**Die Grünliberalen befürworten die geplante Teilrevision des Schulgesetzes. Viele der mit der Aufhebung des Dekrets über die Schuldienste einhergehenden Änderungen erscheinen begrüßenswert. Einzig die geplante Integration des jugend- in den schulpsychologischen Dienst erachtet die glp als wenig sinnvoll.**

Aus Sicht der glp sind Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienstleistungen zugunsten der Schule sinnvoll. Entsprechende Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und Anbietern werden klar befürwortet. Wichtig dabei bleibt die Erhaltung der freien Arztwahl durch die Eltern. Der geplanten Zusammenlegung des jugend- mit dem schulpsychologischen Dienstes stehen die Grünliberalen kritisch gegenüber: Obwohl argumentiert wird, dass damit Dienstleistungen aus einer Hand angeboten werden können, ist einerseits die Nähe zur Laufbahn- und Berufsberatung wichtig, andererseits die Unabhängigkeit zur Volksschule.

Die Grünliberalen sind weiter einverstanden mit dem vorgeschlagenen Modell zur Organisation und Finanzierung der beiden obligatorischen ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen während der Volksschule. Eine Angleichung der Stundenpauschale der Ärzte analog der heutigen Entschädigungen des Impfdienstes ist angebracht, auch wenn der Stundensatz sehr hoch ist. Die Einführung von Gutscheineffekten analog der Zahnpflege wird im Sinne der freien Arztwahl positiv gewertet.

Den Vorschlag, dass die Schulzahnprophylaxe bereits im Kindergarten beginnt wird von der glp unterstützt und als sehr wichtigen Schritt gewertet. Eine umfassende und frühzeitige Zahnhygiene spart hohe zukünftige Kosten und sollte deshalb frühestmöglich thematisiert werden. Die Verschiebung der Untersuchungen von der Oberstufe in den Kindergarten, erfolgt jedoch gemäss der Einschätzung der glp nicht wie in der Vorlage kundgetan kostenneutral. Vielmehr wird ein Jahr mit Untersuchungen gestrichen. Die glp würde deshalb einen Erhalt der Untersuchungen in der Oberstufe für ein Jahr, bspw. das zweite Jahr, begrüßen. Je nach Hintergrund der Jugendlichen kann es notwendig sein nochmals gewisse Hygiene- und Reinigungshinweise anzusprechen.

Ebenso einverstanden sind die Grünliberalen mit den geplanten Änderungen bzgl. Schulbibliotheken. Auch wenn demnach die Gemeinden nicht mehr zum Erhalt einer Schulbibliothek verpflichtet sind, dürfen diese nicht aus ihrer finanziellen Pflicht entlassen werden. Die Gemeinden sollen sich also nach wie vor an den Kosten, sei es für Betrieb, Unterhalt oder Einrichtung finanziell beteiligen, falls eine entsprechende Bibliothek ansonsten nicht überleben könnte.

Weiter scheint die rechtliche Verankerung der Defizitgarantie des Kantons hinsichtlich der regionalen Spezialklassen vernünftig, es gilt allerdings einen gerechten Ausgleich zwischen Kanton und Trägergemeinden zu finden.